Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 85. Freitag, 12. April 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutschlands Sommer-Regierung.

Es sind die Gegner der Deutschen Republik, die angesichts der endlich erreichten Lösung der ewigen Regierungskrise geringschätzig von einer Sommer-Regierung sprechen. Nun, wenn diese neue deutsche Regierung über den Sommer hinaus standhalten wird, dürfte sie die schwerste Probe auf ihre Existenzfähigkeit bestanden haben. Wird doch gerade der kommende Sommer, nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt, die wichtigsten Entscheidungen bringen. Gewiß treten eigentlich alle Parteien, die sich an dieser Regierung beteiligen, mit Vorbehalten in die Koalition ein. Man hat sich zunächst nur auf das Sparprogramm bezüglich des Reichshaushalts geeinigt. Was nach Erledigung dieser Aufgabe kommen soll, darüber schweigt zunächst noch des Sängers Höflichkeit. Wenn aber diese dornenvolle Aufgabe wirklich von der Sommer-Regierung gelöst wird, wer würde ihr dann nicht auch Gutes zutrauen für die weiteren bevorstehenden Schwierigkeiten? Im Sommer muß außerdem die Entscheidung in der Reparationsfrage fallen. Also auch diese Sache wird die jetzt zustandegekommene Große Koalition nun auf ihre starken Schultern nehmen. Könnte man irgendwo stärkere Schultern finden? Parlamentarisch gesehen, gewiß nicht! Und vorläufig ist die Krise des Parlamentarismus in Deutschland noch nicht so weit, daß irgendein verantwortungsbewußter Politiker an außerparlamentarische Lösungen denken möchte. Nach den vorausgegangenen parteipolitischen Wirren und Bedenken sind die Vorbehalte, die noch als Fragezeichen hinter der Sommerregierung stehen, wohl verständlich. Besser, aber die Vorbehalte sind in die zweite Linie gerückt, und die praktische Zusammenarbeit in die erste Linie als umgekehrt. Der Fortschritt in dieser Entwicklung ist nicht zu verkennen. Letzten Endes ist es in Deutschland ähnlich wie in Frankreich: der Zwang der Tatsachen hält diejenigen Parteien zusammen, die schließlich allein in der Lage sind, eine vernünftige Lösung der nationalen Finanzfrage ebenso wie der großen internationalen Finanzfrage, des Reparationsproblems, herbeizuführen. Auch Herrn Poincaré hätten viele Nichts-als-Parteipolitiker gern gestürzt. Aber was hätte nach Poincaré kommen sollen? Man kann den jetzigen deutschen Reichskanzler gewiß nicht mit Poincaré vergleichen, aus den verschiedensten Gründen nicht, die wir dem Leser selbst zu finden, getrost überlassen können. Aber die Aehnlichkeit der Situation links wie rechts des Rheines ist unverkennbar. Poincaré trug die Stabilisierung des Franken, Hermann Müller verkörpert das Sparprogramm der Großen Koalition; Poincaré ist der einzige, der Abstriche von den französischen Reparationsträumen zu verantworten riskieren kann, Hermann Müller ist in Deutschland der einzige, der als Träger eines Kabinetts der Großen Koalition die Kräfte zu binden vermag, die für die schließliche Lösung des Reparationsproblems und seiner unvermeidbaren schweren Lasten vor dem deutschen Volke die Verantwortung tragen könne. Ohne die Sozialdemokratie würde diese Last nicht zu tragen sein; ohne das Zentrum freilich ebensowenig; und letzten Endes müssen noch einige von den übrigen bürgerlichen Mittelparteien mittun, wenn nicht über Reichshaushalt und Reparationen ein bis auf die Wurzeln gehender Riß das deutsche Volk wieder parteipolitisch spalten sollte.

Außer der zwingenden Notlage steht auch noch die Persönlichkeit des Reichspräsidenten hinter dem deutschen Reichskanzler. Auch wenn seine Erkrankung Herrn von Hindenburg in der letzten Zeit von der Teilnahme an politischen Sorgen und Geschäften etwas ferngehalten hat, so ist es doch kein Geheimnis, daß er gerade die Beendigung der Regierungskrise auch seinerseits für dringlich ansah und in diesem Sinne dem Reichskanzler den Rücken stärkte. Auch der deutsche Reichspräsident ist in diesem Falle die Verkörperung einer Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk. Und zuletzt hat ganz Europa diese Lösung der deutschen Regierungskrise nötig gehabt. Man wird in Paris zu keiner Lösung kommen, die nicht alle Schattenseiten eines Kompromisses an sich hätte. Um dieses Kompromiß zu tragen, braucht man Geduld, Opferwilligkeit und nüchterne Vernunft auf allen Seiten. Deutschland hat den richtigen Weg beschritten. Man scheint sich auch in Frankreich allmählich zu besinnen. Auf die Alliierten in Paris werden die gegenwärtigen gegenseitigen Auseinandersetzungen über die Höhe der Reparationen und ihre Verteilung hoffentlich den gleichen erzieherischen Einfluß üben, wie die innerdeutschen Auseinandersetzungen auf die jetzt zur großen Koalition zusammengetretenen Parteien. Also zunächst einmal Sommer-Regierung, mag sein. Hoffen wir, daß Deutschland gut hindurchkommt, dann wird sich auch alles weitere schon finden. Eine einigermaßen gefestigte deutsche Regierung im Herzen Europas wird den gesamten internationalen Verhandlungen der nächsten Zeit Halt und Richtung zu geben vermögen.

Bemerkungen Graf Bernstorffs zur Tagung des Abrüstungsausschusses.

)(Genf. Wie verlautet, hat das deutsche Mitglied des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz, Graf Bernstorff, an den Präsidenten dieses Ausschusses ein Schriftstück gerichtet, betitelt: „Bemerkungen zu der sechsten Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses". Das Schriftstück wird an die einzelnen Mitglieder des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses weitergeleitet und, sobald diese Versendung erfolgt ist, in den nächsten Tagen in Genf veröffentlicht werden.

Die neuen Männer im Reichskabinett.

Dr. Joseph Wirth (Besetzte Gebiete). Theodor v. Guérard (Justiz). Dr. Adam Stegerwald (Verkehr).

Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.

)(Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete über die innerpolitische Lage und schlug die Entbindung des Reichsministers Koch-Weser von seinem Amte als Reichsminister der Justiz gemäß seinem Antrag sowie die Erweiterung der Reichsregierung durch drei dem Zentrum zugehörige Reichsminister vor. Der Herr Reichspräsident erklärte sein Einverständnis zu den Vorschlägen des Kanzlers. — Die formelle Entlassung des Reichsministers der Justiz und die Ernennung der neuen Reichsminister ist im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

*

Sitzung des Reichskabinetts. — Das Ausscheiden des Reichsministers Koch-Weser.

)(Berlin. Das Reichskabinett tagte gestern nachmittag zum letzten Male in seiner bisherigen Zusammensetzung. Nach Erledigung der Tagesordnung, die nur laufenden Angelegenheiten galt, wandte sich Reichskanzler Müller mit herzlichen Worten an den nunmehr ausscheidenden Reichsminister der Justiz Koch-Weser. Im Namen der Reichsregierung und seinem eigenen Namen dankte der Reichskanzler dem scheidenden Reichsminister für seine umfassende und wertvolle Mitarbeit im Reichskabinett im Laufe des vergangenen Jahres, sowie für sein verdienstvolles Wirken als Reichsminister der Justiz zum Besten des deutschen Rechtslebens. Der Reichskanzler gab der Erwartung Ausdruck, daß das reiche Können des Reichsministers Koch-Weser unserem Vaterlande noch für lange Zeit erhalten bleibe.

*

Morgen Ernennung der neuen Minister.

Berlin. (Funkspruch.) Da der Reichsminister der Justiz Koch-Weser am morgigen Tage im besonderen Auftrag des Reichspräsidenten und der Reichsregierung den neuernannten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke in sein Amt einführen wird, wird die Umbesetzung des Reichsjustizministeriums und die Ernennung der anderen neu in das Kabinett eingetretenen Minister erst im Laufe des morgigen Tages erfolgen.

Die Reparationsverhandlungen in Paris.

Der Vorschlag der reparationsberechtigten Staaten.

)(Paris, 12. April. Die Morgenpresse berichtet übereinstimmend, daß die Delegierten der reparationsberechtigten Staaten sich im großen und ganzen auf einen Vorschlag geeinigt haben, den sie im Laufe des heutigen oder des morgigen Tages der deutschen Delegation unterbreiten wollen.

Nach einer Meldung des Matin besteht nur noch zwischen den Delegierten und den Vorsitzenden der Reparationskonferenz eine Differenz von 200 Millionen Mark, die man evtl. dadurch ausgleichen will, daß man die eigentlichen Reparationszahlungen über 37 Jahre hinaus ausdehnt und die reinen Schuldenzahlungen, also diejenigen, die nach Ansicht der Delegierten 58 Jahre andauern sollen, später beginnen läßt.

Ueber die angestellten Berechnungen glaubt der Matin berichten zu können, daß sich der Kapitalwert der eigentlichen Reparationsforderungen auf etwa 19 Milliarden belaufen hätte. Das hätte einschließlich der 80 Millionen, für den Zinsendienst und die Tilgung der Dawesanleihe bei einem Zinsfuß von 5 Prozent eine Jahreszahlung von etwa 1½ Milliarden eigentlicher Reparationen ergeben. Zuzüglich der veränderlichen Jahreszahlungen für die Schulden, die sich schon im ersten Jahre auf 870 Millionen belaufen, hätten die deutschen Gesamtjahreszahlungen mit 2300 Millionen beginnen müssen, um nach 10 Jahren auf mehr als 3 Milliarden zu steigen, und nach 37 Jahren auf 1700 Millionen, also den Betrag der Schuldenzahlungen, zurückzugehen. Die Ansicht der amerikanischen Sachverständigen scheine zu sein, daß man niemals die 2½ Milliarden Normalannuität des Dawesplans überschreiten dürfe. Sie hätten infolgedessen Ermäßigungen gefordert und durchgesetzt. Jedes Land habe solche bewilligt, und zwar in einem sehr weiten Ausmaße. Die genannte Kapitalsumme von 19 Milliarden sei auf etwa 13 Milliarden gesunken. Jetzt seien noch die Annuitäten zu errechnen.

Ueber die Nachlässe, die die einzelnen Staaten bewilligt haben sollen, berichtet „Petit Parisien": „Frankreich habe seine Forderungen auf Rückerstattung der Wiederaufbaukosten von vornherein auf die Hälfte herabgesetzt, habe aber diese Ziffer nicht aufrechterhalten können. Die gemachten Zugeständnisse dürften jedoch 20—25 Prozent nicht übersteigen. Die andern Delegierten, die bis auf den letzten Augenblick mit Zugeständnissen zurückhielten, hätten verhältnismäßig größere Nachlässe bewilligen müssen. So begnüge sich Belgien mit 1400 Millionen für die Reparationen und für die Rückerstattung des Wertes der in Belgien während des Krieges ausgegebenen Marknoten. England, dessen Ansprüche sich anfänglich auf 4 Milliarden belaufen hätten, werde nur noch ¼ dieser Summe fordern. Auch Italien habe in eine Ermäßigung seiner Forderung von anfänglich 600 Millionen eingewilligt, und die kleinen Mächte hätten sich ebenfalls zu einigen Opfern bereit erklärt. Das Blatt gibt dann als vermutliche Anfangsannuität die Gesamtsumme von 1700 Millionen und als Höchstannuität 2300 Millionen Goldmark an.

*

Die deutsche Delegation noch nicht offiziell benachrichtigt.

Paris. (Funkspruch.) Einige Morgenblätter behaupten, die deutsche Delegation habe offiziell Kenntnis erhalten von dem Ergebnis der Arbeiten, die die Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder im Laufe dieser Woche durchgeführt haben. „Avenir" und „Victoire" behaupten, daß Dr. Schacht die Ziffern, zu denen die vier Delegationen gelangt sind, als eine annehmbare Diskussionsbasis bezeichnet habe. Hierzu ist nach Anfrage bei der zuständigen deutschen Stelle zu erklären: Die deutsche Delegation hat Kenntnis von dem Stand oder dem Ergebnis der Arbeiten der Delegationen der reparationsberechtigten Länder nur durch die Presse erhalten. Sie kann also erst dazu Stellung nehmen, nachdem ihr das Ergebnis der Beratungen offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist, was bisher nicht geschehen ist.

*

Eine Havaserklärung über die Reparationsverhandlungen.

)(Paris. Havas erklärt zu dem Stand der Verhandlungen unter den Delegierten der reparationsberechtigten Länder: In unterrichteten Kreisen sei man gestern abend der Ansicht gewesen, daß ein merklicher Fortschritt auf dem Wege der Verständigung zwischen den Delegierten der reparationsberechtigten Länder erzielt worden sei. Man erwarte, daß die Diskussion mit der deutschen Delegation morgen oder spätestens übermorgen wieder aufgenommen werden könne. Hervorzuheben sei, daß diese Verständigung, die erzielt worden zu sein scheine, in keiner Weise gegen die deutsche Delegation gerichtet sei und nicht in einer Art Ultimatum zum Ausdruck kommen werde, das die deutschen Vertreter anzunehmen oder abzulehnen hätten. Der Meinungsaustausch unter den Delegierten der ehemals alliierten Länder habe lediglich bezweckt, die Modalitäten festzusetzen, nach denen der Annuitätenteil, der zur Deckung der eigentlichen Reparationen dienen werde, an die Reparationsberechtigten verteilt werden könne. Der allgemeine Eindruck sei, daß man etwa Mitte nächster Woche über die Ergebnisse der Konferenz Klarheit haben könne.

SLUB Wir führen Wissen.